

Westafrika.

Putsche gegen Demokratie oder anti-koloniale Akte?

Bericht vom Afrika Club vom 2. Oktober 2023

Maëlle Nausner, Franz Schmidjell

Im gut besuchten Afrika Club diskutierten die Teilnehmer*innen über die Ursachen und Folgen der Putsche in Westafrika. Franz Schmidjell verwies einleitend auf unterschiedliche Erzählungen in Berichterstattung und sozialen Medien. Für die einen war es ein Bruch mit Demokratie und Verfassung, der nicht zu akzeptieren sei. Für andere stellen die Putsche einen anti-kolonialen Akt und den Beginn der Souveränität dar.

Die Moderatorin Maria Reiningger verwies auf insgesamt sieben Putsche in Westafrika, die jeweils eigene Logiken hätten. Die Diskussion solle sich auf die drei Sahelstaaten Mali, Burkina Faso und Niger fokussieren. Sie bat die franko-kamerunische Journalistin Marie-Roger Biloa, einen Überblick zu den Hintergründen und Ursachen der Putsche in diesen Ländern zu geben.

Marie-Roger Biloa konstatierte ein allgemeines Regierungsversagen und schwierige

Sicherheitslagen in den Ländern. Die Eliten stellten die wirtschaftliche Not der Menschen zu wenig in das Zentrum ihres Handelns. Die Arbeitslosigkeit sei hoch. Die Jugend sei verzweifelt und die Lage schlimmer als vor zehn Jahren. Es seien Fassaden-Demokratien. Die internationale Gemeinschaft hätte diese Defizite ignoriert. Im Norden Malis herrsche Gewalt durch Jihadisten, Rebellen hätten einen eigenen Staat verlangt. Frankreich habe versprochen, die Situation zu regeln, aber alles sei schlimmer geworden. In Burkina Faso sei die Situation ähnlich. Ein ziviler Präsident habe es nicht geschafft, die Lage zu beruhigen. Niger verfüge über reiche Uranvorkommen. Aber die Bevölkerung könne nicht am Reichtum teilhaben. Beim Putsch ging es auch um die Kontrolle über die Erdölvorkommen. Frankreich werde von vielen als Sündenbock gesehen, aber das sei zu einfach. Frankreich ist zwar im Vordergrund, ist aber nicht der Hauptgrund der Putschwelle. Das Modell der Demokratie werde in Frage gestellt, es habe den Menschen keine Vorteile gebracht. Den Menschen fehle es an Perspektiven und die Putsche bieten auch keine Alternative. Biloa wies darauf hin, dass die Militärs in Mali korrupt seien. In Burkina Faso gäbe es Machtkämpfe innerhalb der Sicherheitskräfte.

Der Filmregisseur Igor Hautzenberger war im Juli vor Ort, um seine Niger-Dokumentation mit dem Festival „La fête du Bianou“ in Agadez abzuschließen. Agadez blieb in der Vergangenheit trotz der vielfältigen Krisen eine friedliche Stadt, was auf die Maßnahmen gegen Radikalisierung und Gewalt der Stadtverwaltung bzw. des Sultans zurückzuführen sei. Doch während des Bianou-Festivals sei die Stimmung immer aggressiver geworden, plötzlich seien russische Fahnen aufgetaucht, die offensichtlich von auswärts kamen. Die Jugend sei frustriert, sie sehe keine Fortschritte, so Hautzenberger. Die Versprechungen europäischer Politiker*innen nach 2015 seien nicht eingelöst worden, die Gelder nicht bei der Jugend angekommen. Die Wut richte sich in erster Linie gegen Frankreich.

Irene Horejs, ehemalige EU-Botschafterin in Mali und Niger, berichtete von den Reaktionen der internationalen Gemeinschaft. Die EU habe sehr stark auf den Putsch in Mali und Niger reagiert und die Budgethilfen, aber nicht die Projekthilfen, eingestellt. Die USA seien zurückhaltender gewesen. Dies läge an den Sicherheitsinteressen im Sahel und der amerikanischen Drohnenbasis im Niger. Frankreich hat jegliche Unterstützung für Niger und Mali ausgesetzt, allerdings nicht für Tschad, Burkina Faso und Gabun. Die Folgen für die Länder sind gravierend, so Horejs. Die Sicherheitslage habe sich verschlechtert und die humanitäre Krise verschärft. Die Gehälter von Beamt*innen würden nur zum Teil ausbezahlt. Die ECOWAS Sanktionen führten zu Engpässen und Teuerung bei Grundnahrungsmitteln.

Der Musiker und Künstler Patrick Bongola aka „Topoke“ forderte Souveränität für Afrika und plädierte für einen neuen Pan-Afrikanismus. Die Jugend sei vernetzt, wie überall auf der Welt. Sie habe genug von der Bevormundung, dass europäische Fahnen gut seien und russische schlecht. Sie kritisierten die europäische Doppelmoral. Der Westen habe Libyen zerbombt und die Regierung gestürzt. Davor sei das Land wirtschaftlich gut entwickelt und stabil gewesen, jetzt herrsche Chaos, das sich auch auf die Sahel-Region auswirke.

Belachew Gebrewold ordnete die verschiedenen Putsche als Symptome von tiefergehenden Problemen ein, zum Beispiel die schwache Staatlichkeit, aber auch eine Mentalität, die in der Opferrolle verharre. Er sehe vier Problembereiche:

- Das patriarchale System: es seien ausschließlich Männer, die das Gefühl haben, sie seien von Gott auserkoren, um an der Macht zu bleiben. Korruption und Klientelismus hängen auch damit zusammen.
- Die Ethnisierung der afrikanischen Politik: „Wir haben es nicht geschafft, eine gemeinsame afrikanische Identität und ein gemeinsames nationales Interesse zu konstruieren und andere ethnische Gruppen als potentielle Partner statt potentieller Feinde zu sehen.“
- Gebrewold fuhr fort: „Wir verherrlichen immer noch den Westen, aber wir leugnen es, weil es beschämend ist. Afrikas Eliten orientieren sich nach Europa, schicken ihr Geld dorthin; wir migrieren nach Europa, wir wollen wie die Europäer leben, konsumieren, ausschauen. Unser Verhalten ist paradox. Die postkolonialen Afrikaner hassen und lieben den Westen gleichzeitig, weil er stets auf unsere Unzulänglichkeit hindeutet. Wir haben uns vom Westen historisch befreit, aber nicht mental.“
- Der Westen sei der postkoloniale Sündenbock: „Wir haben es nicht geschafft, zu beweisen, dass wir uns besser regieren können. Der Westen ist an allem schuld. Wir Afrikaner haben nicht die innere Entschlossenheit zu beweisen, dass die weißen Rassisten falsch lagen, als sie uns als minderwertige Menschen bezeichnet hatten.“

Positionen und Meinungen aus der Diskussion

Allgemeine Sanktionen treffen in erster Linie die Bevölkerung und haben in der Vergangenheit selten zur Problemlösung beigetragen. Gezielte Sanktionen gegen bestimmte Personen bzw. Firmen- und Finanznetzwerke sind sinnvoller.

Die militärische Drohung der ECOWAS war u.a. durch die nigerianische Innenpolitik geprägt. Eine Intervention ist aufgrund der ethnischen Zusammensetzung der nigerianischen Armee (ähnlich wie in Nachbarländern) riskant und führt zur Destabilisierung der gesamten Region. Bei der ECOWAS Intervention 2017 in Gambia herrschte eine andere Ausgangssituation. ECOWAS wird zudem von einigen Teilnehmer*innen als Frankreich-loyal gesehen.

Wie viel wiegt die Souveränität eines Staates? Will man sich weiter auf die internationale Gemeinschaft verlassen oder vielmehr den Weg „**afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme**“ folgen? In Burkina Faso haben sich Sicherheit und die soziale Lage in den letzten Jahren enorm verschlechtert. Irgendwer, der auch die Macht hat, musste handeln. Deshalb ist das Militär eingeschritten. Zum Abzug bzw. Rauswurf Frankreichs schrieb eine afrikanische Journalistin einen Artikel mit dem Titel „Fraxit means Fraxit“.

Verfassungsbruch und Ende von Demokratie: Europa sieht manche „Fake-Demokratien“ als „gute Schüler“, da die Eliten eine europäische Agenda im Land verfolgen. Die Frustration in der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, wurde nicht ernst genommen. Es braucht andere Formen von Demokratie, Wahlen funktionierten kaum. Die Militärputsche sind laut Verfassung aber als illegitim anzusehen, sie sind die schlechteste Staatsform, die es gibt.

Was haben die Militärs gebracht? Laut Guardian ist ein Viertel der Schulen in Mali geschlossen worden, die Sicherheitslage hat sich verschlechtert. Niger hat 33.000 Soldat*innen, man bräuchte aber für das riesige Land die dreifache Anzahl. Ohne externe militärische Präsenz wird sich die Sicherheitslage verschlechtern. Wagner als Alternative ist umstritten, nicht nur wegen der Menschenrechtsverletzungen. In Mali verlangt die Söldnergruppe 100 Millionen Euro. Als weiteren Grund für die schwierige Sicherheitslage wurde die ECOWAS Blockade bei Waffenlieferungen genannt.

Militärische Lösungen? Die Vielfachkrisen im Sahel sind nicht allein militärisch zu lösen. Es liegt auch am Regierungsversagen und einer exklusiven Wirtschaftspolitik, die keine Perspektiven für die Jugend bietet. Zudem muss gefragt werden, woher die Terrorist*innen ihre Gelder, Waffen und Fahrzeuge bekommen. Ihre Bankenverbindungen und Waffenkäufe sollten blockiert werden.

EU braucht Dialog und Zusammenarbeit mit den Ländern insbesondere bei Sicherheit und Migration. Daher ist es sinnvoll, einen pragmatischen Weg zu wählen, statt zu drohen und rote Linien zu ziehen. Ein positiver Ansatz könnte die direkte Kooperation mit Städten und Gemeinden mit guter Regierungsführung sein – Agadez wurde als Beispiel genannt.

Der ökonomische Niedergang und die Perspektivenlosigkeit der Jugend - insbesondere in den Grenzregionen - haben mehrere Ursachen. Dazu zählen die Rentenökonomien der Regierungen, die asymmetrischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Europa und Françafrique mit den neokolonialen Institutionen wie dem Franc-CFA. Aber pauschale Schlagworte reichen nicht, es braucht kritische Analysen. Welche Folgen hat die Anbindung des Franc-CFA an den starken Euro? Was bedeutet es, wenn Frankreich die Geld- und Zinspolitik für die CFA-Staaten (mit)bestimmt? Mali und Burkina Faso wollen die regionalen Wertschöpfungsketten bei Rohstoffen steigern.

Wie sie das durchführen wollen, wäre ein Themen für einen nächsten Afrika Club.